

David Jünger: Jahre der Ungewissheit. Emigrationspläne deutscher Juden 1933–1938 (=Schriften des Simon-Dubnow-Instituts, Bd.24), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016, 440 S., 70 €.

In seinem Buch „Jahre der Ungewissheit“ untersucht David Jünger die individuellen und kollektiven Emigrationsplanungen deutscher Juden in der Zeit von der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 bis zum Anfang des Jahres 1938. Er widmet sich vor allem der Frage, wie sich die Haltung zur Auswanderung angesichts der sich radikalisierenden antijüdischen Politik verändert hat. Wie wurde in der jüdischen Öffentlichkeit darüber diskutiert, wie planten und organisierten die großen jüdischen Organisationen den Emigrationsprozess?

Jünger führt in seiner gut recherchierten, detailreichen Darstellung vor Augen, wie unterschiedlich die verschiedenen Gruppierungen innerhalb des deutschen Judentums auf die Situation reagiert haben. Damit macht er auch deutlich, wie wenig die deutschen Jüdinnen und Juden eine homogene Gemeinschaft gebildet haben – folgerichtig spricht er von den „deutschen Judenheiten“.

Liberalen, Zionisten, Orthodoxen und jüdischen Deutschnationalen unterschieden sich grundlegend in ihrem Verständnis von jüdischer Identität und fanden ganz unterschiedliche Antworten auf die sich zuspitzende Krise. In den Kontroversen um die Auswanderung ging es unter anderem darum, welcher Stellenwert Palästina in den Emigrationsplanungen zukommen sollte und um die Entscheidung zwischen Gruppen- und Einzelauswanderung. Immer lauter wurden ab Mitte der 1930er Jahre die Stimmen, die eine Zentralisierung der Auswanderungsbemühungen forderten. Doch bis zum Novemberpogrom war den Bemühungen, die Emigrationsplanungen zu bündeln, wenig Erfolg beschieden.

Verglichen mit der Situation der jüdischen Organisationen in Österreich nach dem „Anschluss“ (Doron Rabinovici spricht von „Instanzen der Ohnmacht“) verfügten jene in Deutschland bis zum Novemberpogrom noch über beträchtliche, wenn auch sich kontinuierlich verengende Handlungsspielräume.

David Jünger versucht, „sich den Jahren 1933 bis 1938 auf eine Weise zu nähern, die in den Forschungstraditionen der zurückliegenden Jahrzehnte unüblich geworden ist“ (S. 39). Seit dem Ende der 1960er Jahre seien nämlich, wie er kritisch festhält, die jüdischen Reaktionen auf den Nationalsozialismus sowie die jüdische Emigration aus Deutschland vor dem Beginn des Zweiten

Weltkriegs stets aus der Perspektive der nachfolgenden Geschichte des Holocaust erforscht worden. Diese Herangehensweise habe aber kaum Erkenntnisse darüber geliefert, wie die deutschen Juden selbst die Entwicklungen der 1930er Jahre wahrgenommen, aus welchen Erfahrungsschätzen sich ihre Reaktionen darauf gespeist und mit welchen Mitteln sie versucht haben, den Angriffen der Nationalsozialisten zu begegnen.

Auch Jünger will sich daher dem von ihm untersuchten Zeitraum nicht mit der Brille unseres heutigen Wissens um die Shoah annähern. So kann er begreiflich machen, wie schwierig es für die damalige jüdische Gemeinschaft gewesen ist, auf eine bis dahin unbekannte Situation angemessen zu reagieren: „Sie wussten, dass die Vergangenheit unwiederbringlich verloren war, und hatten doch nichts anderes als eben ihre aus vergangenen Zeiten stammenden Erfahrungen, auf die allein sie sinnvollerweise zurückgreifen konnten.“ (S. 380)

Tatsächlich war in diesen Jahren weder für die deutschen Juden noch für die übrige Welt absehbar, wie sich die Situation in Deutschland weiterentwickeln würde. Nicht einmal für die Nationalsozialisten selbst war der Weg eindeutig vorgezeichnet.

Problematisch an Jüngers Herangehensweise ist jedoch, dass er verabsolutiert. Wie ähnliche Beispiele zeigen, birgt das Bemühen, demonstrativ mit bewährten Forschungstraditionen zu brechen oder bestimmten Thesen zum Durchbruch zu verhelfen, stets auch die Gefahr eines verengten Blickes. Jünger verführt es zu fragwürdigen Schlussfolgerungen und Verkürzungen. So leitet er aus den von ihm analysierten Dokumenten und individuellen Erinnerungen ab, dass weder die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 noch die Nürnberger Gesetze von den deutschen Juden als *die* große Zäsur wahrgenommen worden seien, als die wir sie heute sehen. Viele hätten 1935 sogar mit einer gewissen Erleichterung reagiert, weil ein Zustand der völligen Rechtsunsicherheit beendet schien. Das mag für Teile (wenn auch sicher nicht die Gesamtheit) der jüdischen Bevölkerung zutreffen. Doch warum verzichtet Jünger darauf, diesen Befund mit einer wichtigen Erkenntnis der Shoah-Forschung zu verknüpfen? Dem Hinweis darauf, dass es eine besondere Perfidie der nationalsozialistischen Politik gewesen ist, der Verfolgung, Entrechtung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung durch ein ausgeklügeltes Regelwerk – eine Flut von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen – einen scheinlegalen Charakter zu verleihen?

Auch Jüngers Einsicht, dass „die Geschichte der jüdischen Emigration aus Deutschland in den Jahren 1933 bis 1938 (...) eine Geschichte der Auswanderung und zugleich eine des Bleibens, Ausharrens und Abwartens, bisweilen sogar der Rückkehr“ (S. 13) gewesen ist, ist nicht zu widersprechen. Tatsächlich unternahmen noch Anfang 1938 deutsche Juden Erkundungsreisen, in denen sie die Situation in verschiedenen möglichen Zufluchtsländern ausloteten, um sich dann oft gegen eine Emigration zu entscheiden.

Doch obwohl bekannt ist, dass die Entfernung der Juden aus Deutschland von Beginn an ein zentrales Ziel Hitlers und der nationalsozialistischen Bewegung gewesen ist, lehnt es Jünger ab, für die Zeit vor 1938 von Flucht und Exil zu sprechen. Lediglich in Bezug auf jene Jüdinnen und Juden, die auch aus politischen Gründen oder wegen ihrer künstlerischen und intellektuellen Positionen verfolgt wurden, seien diese Termini angemessen. Für alle anderen habe es noch Handlungsalternativen gegeben, und man sei noch nicht von endgültiger Flucht ausgegangen – vielmehr von einer „Verlagerung des Lebensmittelpunktes in ein anderes Land, ohne die persönlichen und geschäftlichen Beziehungen nach Deutschland abzurechnen“ (S. 394). Es habe sich also um eine Emigration aus wirtschaftlichen Motiven gehandelt.

Dieser Interpretation muss energisch widersprochen werden. Das Berufsbeamtengesetz vom 7. April 1933 und noch mehr die Nürnberger Gesetze dienten eindeutig rassenpolitischen Zielsetzungen. Die Ausschaltung zumindest eines Teiles der jüdischen Bevölkerung aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben und ein Gesetzesbündel, das die Betroffenen zu Menschen zweiter Klasse degradierte, das aus „Reichsbürgern“ „Staatsangehörige“ machte – genügt das alles nicht, um von Flucht zu sprechen? Auch die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ musste ihren Namen auf „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ ändern, womit klargestellt war, dass der jüdischen Bevölkerung kein selbstverständlicher Platz in der Gesellschaft mehr zudedacht war.

Wie zahlreiche Arbeiten zur Exilforschung belegen, ist der Begriff des Exils keineswegs nur auf die Situation jener anwendbar, die alle Brücken zur alten Heimat abbrechen und von vornherein eine Rückkehr ausschließen. Viele deutsche Juden, die anfangs vor allem in die Nachbarländer auswichen, hofften auf ein baldiges Ende des Regimes oder zumindest eine Mäßigung in der antijüdischen Politik, somit auf eine Zukunft in Deutschland. Ein Exil war es allemal. Die Weigerung, in diesem Kontext von Flucht zu sprechen, läuft letztendlich auf eine Verharmlosung der nationalsozialistischen Politik vor

der Shoah hinaus – auch wenn das eindeutig nicht die Intention des Autors ist. Die Argumentation erinnert auf irritierende Weise an den heutigen politischen Diskurs, in dem Menschen, die ihre Heimat verlassen, allzu rasch als „Wirtschaftsemigranten“ ohne plausiblen Fluchtgrund abgestempelt werden. Bedarf es der ultimativen Katastrophe, ehe eine Person das Recht hat, anderswo Schutz zu suchen? Zudem schließt ein Leben im Exil keineswegs das Weiterbestehen gewisser Kontakte zur alten Heimat aus, wie viele Studien zu Vergangenheit und Gegenwart belegen.

Auch nach 1938 gab es im Deutschen Reich Juden, die sich trotz des massiven Verfolgungsdrucks nicht zur Flucht entschließen konnten oder sich der (trügerischen) Hoffnung hingaben, als ehemalige Frontkämpfer werde ihnen so Schlimmes schon nicht widerfahren. Daraus lässt sich ablesen, wie bedrohlich für viele die Vorstellung gewesen ist, ins Unbekannte aufzubrechen.

Jünger geht es im Kern auch darum, die leichtfertige moralische Verurteilung der damaligen jüdischen Organisationen in Deutschland angesichts von versäumten Rettungsmöglichkeiten kritisch zu hinterfragen. Was in seiner Argumentation jedoch fehlt, ist die notwendige Differenzierung. Die jüdischen Institutionen in Deutschland und Repräsentanten der „freien“ Welt werden in einen Topf geworfen – wo doch ihre Situation unterschiedlicher nicht hätte sein können: Die deutschen Juden befanden sich in den Fängen eines Unrechtsregimes, während die Vertreter anderer Staaten grundsätzlich in der Lage waren, freie Entscheidungen zu treffen, sich etwa zu der moralischen Verpflichtung zu bekennen, Verfolgten Zuflucht zu gewähren.

David Jüngers Thesen bieten hinreichend Stoff für wissenschaftliche Auseinandersetzungen. Empfohlen sei sein gut lesbares Buch, das auch eine Forschungslücke schließt, allemal.

Gabriele Anderl, Wien